

Antrag 55/II/2023**Abt. 06/10 Dahlem (Steglitz-Zehlendorf)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch 67/1/2023 (Konsens)****Die dritte Phase der Entspannungspolitik: Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit****1 I. EIN JAHRZEHT DER EXTREME**

2 „In diesem Jahrhundert steht die Selbstbehauptung Der eu-
3 ropäischen Zivilisation auf dem Spiel.“ | Helmut Schmidt

4

5 Zeit der Zuspitzungen

6 1. Die Umbrüche und Krisen unserer Zeit lassen befürch-
7 ten, dass wir in das gefährlichste Jahrzehnt seit dem En-
8 de des Zweiten Weltkrieges eingetreten sind. Wir müssen
9 alles tun, dass es nicht ähnlich dramatisch endet. Denn
10 die Summe und Parallelität der Herausforderungen sind
11 dramatisch. Schon heute lässt sich sagen: Wir erleben ein
12 Jahrzehnt der Extreme, das mit der weltweiten Pande-
13 mie begann, in dem unter dem Atomschirm Russlands der
14 Ukraine-Krieg die Welt in einen großen Krieg zu stürzen
15 droht, in dem die Klimakrise mit großer Wucht verschärft
16 und in dem sich Hunger, Armut und Migration immer wei-
17 ter ausbreiten.

18

19 Vor diesem Hintergrund droht auch ein Weltordnungs-
20 krieg zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich,
21 zwischen den westlichen Industriestaaten und den auf-
22 strebenden Schwellenländern. Weltweit nehmen die Rüs-
23 tungsausgaben zu, wobei davon rund 75 Prozent auf nur
24 zehn Länder entfallen. Deutschland liegt auf Platz 7.

25

26 Demgegenüber scheint das Verständnis verloren gegang-
27 en zu sein, dass die existenziellen Bedrohungen unse-
28 rer Zeit nur die Menschheit zusammen lösen kann. Welt-
29 weit nehmen nationalistische Bewegungen mit einer he-
30 gemonialen Ideologie zu, die sich den globalen und ökolo-
31 gischen Herausforderungen verweigern. Umso wichtiger
32 ist eine starke sozialdemokratische Bewegung für Frieden
33 und Entspannung, für Rüstungskontrolle und Abrüstung,
34 für die soziale und ökologische Gestaltung der Transfor-
35 mation von Wirtschaft und Gesellschaft.

36

37 2. Mit der Globalisierung der Gefahren und Herausforde-
38 rungen ist die Menschheit in ein Zeitalter eingetreten, das
39 ein neues Denken für gemeinsame Sicherheit und globale
40 Zusammenarbeit erfordert. Wer Frieden will, der muss ge-
41 meinsam Frieden schaffen. Wer ein gutes Leben will, muss
42 überall für soziale und ökologische Reformen eintreten.
43 Aber auch aus der Verunsicherung über die Tragweite der
44 vor uns liegenden Veränderungen, ist das praktische Ver-
45 halten geprägt von Ignoranz, Angst und Verunsicherung.
46 Nationalismus und Reformfeindlichkeit nehmen zu. Die
47 Sozialdemokratie muss hingegen in dieser Zeit tiefgrei-

48 fender Umbrüche soziale und demokratische Errungen-
49 schaften bewahren und Sicherheit, Nachhaltigkeit und
50 neuen Fortschritt gemeinsam und solidarisch verwirkli-
51 chen.

52

53 **Verantwortung für Sicherheit, Frieden und Nachhaltigkeit**

54

55 3. Der Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein tiefer Einschnitt.
56 Er verletzt das Völkerrecht und missachtet die territoriale
57 Unabhängigkeit eines souveränen Landes, das ein Recht
58 auf Selbstverteidigung hat. Das war auch im Irak-Krieg
59 von 2003 so, als erfundene Beweise den „Krieg der Willi-
60 gen“ begründeten, dem sich damals Bundeskanzler Ger-
61 hard Schröder zu Recht verweigert hat.

62

63 Das Wichtigste im Krieg ist, Frieden zu schaffen, zumal der
64 Krieg in der Ukraine zu einem blutigen Stellungskrieg ge-
65 worden ist. Die Schlacht um Bachmut ist das Verdun unse-
66 rer Zeit. Der Krieg bringt jeden Tag mehr Elend, Zerstörung
67 und Tod. Und jeden Tag wächst die Gefahr einer weiteren
68 Eskalation und Ausweitung.

69

70 Unsere Zeit verlangt uns, vor allem der Sozialdemokra-
71 tie, viel ab. Sie darf sich nicht von ihrer Geschichte als
72 Friedens- und Reformpartei lossagen, sondern muss sich
73 gerade in diesem Geist neu bewähren. Die historische
74 Erfahrung zwingt uns, Verantwortung für eine Politik
75 des Friedens zu übernehmen. Wir leben in einer Zeit, in
76 der es auf eine starke Sozialdemokratie ankommt, deren
77 geschichtlicher Kompass Demokratie, Gerechtigkeit und
78 Frieden ist – nach innen wie nach außen.

79

80 4. Wir können es uns nicht leisten, Frieden ausschließlich
81 als Nicht-Krieg zu definieren. Angesichts neuer globaler
82 Gefahren wie der Klimakrise mit ihren gefürchteten Kipp-
83 punkten, die den Prozess der Erderwärmung beschleunigen
84 und auf lange Zeit unumkehrbar machen, dem Kampf
85 um knappe Ressourcen, der massive Verteilungskonflikte
86 verursachen kann, oder der wachsenden Armut und dem
87 Hunger, die viele Menschen zur Flucht bewegen, ist jeder
88 Frieden gefährdet, der nicht schnell zu einer sozial und
89 ökologisch gerechten Weltordnung führt.

90

91 Im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD heißt es
92 dazu: „Dieses Jahrhundert wird entweder ein Jahrhun-
93 dert des sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fort-
94 schritts, der allen Menschen mehr Wohlfahrt, Gerechtig-
95 keit und Demokratie eröffnet. Oder es wird ein Jahrhun-
96 dert erbitterter Verteilungskämpfe und entfesselter Ge-
97 walt.“

98

99 5. An dieser Wegscheide muss es zu einer neuen Friedens-
100 und Entspannungspolitik kommen, zu mehr gemeinsa-

101 mer Sicherheit und gemeinsamer Verantwortung. Dazu
102 bekennen wir uns. Wir brauchen ein friedliches und fai-
103 res Zusammenleben der Menschheit. Deshalb ist „Zu-
104 sammenarbeit“ das Schlüsselwort unseres Jahrhunderts.
105 Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

106

107

108 **II. SOZIALDEMOKRATISCHE FRIEDENS- UND ENTSPAN-** 109 **NUNGSPOLITIK**

110 *„Es haben viele Nationen miteinander gekämpft, aber ge-*
111 *flossen ist nur einerlei Blut: das Blut der Bürger Europas“*
112 *| Carl von Ossietzky*

113

114 **Am Anfang: Die Kuba-Krise**

115 6. Die Anfänge der Entspannungspolitik gehen zurück auf
116 den Oktober 1962. Damals stand die Welt am Rande ei-
117 nes Atomkrieges, als die damalige UdSSR auf Kuba Mit-
118 telstreckenraketen und Atomsprengköpfe zu stationieren
119 begann. Während die amerikanischen Militärs zu einer
120 sofortigen Invasion und zu Luftangriffen auf die karibi-
121 sche Insel drängten, suchte US-Präsident John F. Kenne-
122 dy den Kontakt mit dem Generalsekretär der KPdSU Nikita
123 Chruschtschow. Im Ergebnis zogen beide Seiten ihre Mit-
124 telstreckenraketen aus dem gegnerischen Einzugsbereich
125 zurück, die UdSSR aus Kuba, die USA aus Italien und der
126 Türkei, die dort seit 1959 stationiert waren.

127

128 Die Kuba-Krise führte zu ersten Verhandlungen über Rüs-
129 tungskontrolle und Rüstungsbegrenzung, auch zur Ein-
130 richtung des „roten Telefons“ für eine schnelle Verständi-
131 gung zwischen Moskau und Washington. Seitdem hat in
132 den USA nur der Präsident die Befehlsgewalt über den Ein-
133 satz von Atombomben.

134

135 Aus der Kuba-Krise und auch aus den Erfahrungen um die
136 „Frontstadt“ Berlin lernten Moskau und Washington, Kon-
137 flikte zwischen den beiden militärischen Supermächten
138 zu beherrschen. Die wichtigste Einsicht hieß, dass die Ent-
139 spannungspolitik ein wichtiges Mittel gegen die Spirale
140 aus Aufrüstung und Konfrontation ist. Sie begründet auch
141 heute unser Verständnis von Vernunft.

142

143 **Friedenspolitik als Realpolitik**

144

145 7. Den Anstoß für die Ausrichtung der Sicherheitspolitik
146 auf Entspannung gab 1963 John F. Kennedy mit seinen
147 Schlussfolgerungen aus der Kuba-Krise. Er begründete sei-
148 ne „Strategy for Peace“ in einer Rede in New York: „Beide
149 Seiten, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten so-
150 wie die Sowjetunion und ihre Verbündeten, haben ein ge-
151 meinsames Interesse an einem gerechten und wirklichen
152 Frieden und an einer Einstellung des Wettrüstens. Abkom-
153 men, die zu diesem Ziel führen, sind im Interesse der So-

154 wjetunion wie auch in unserem Interesse.“

155

156 8. In dieser Einsicht entwickelte die SPD die europäische
157 Friedens- und Entspannungspolitik, deren Grundlagen,
158 Prinzipien und Ziele Willy Brandt und Egon Bahr erstmals
159 vor 60 Jahren in der Politischen Akademie in Tutzing vor-
160 stellten. Sie waren überzeugt davon, dass es falsch wäre,
161 das politische System Osteuropas von außen zu stürzen.
162 Ihnen ging es um einen Prozess der Vertrauensbildung
163 und der friedlichen Koexistenz, um zu menschlichen Er-
164 leichterungen und neuen Annäherungen zu kommen. Die
165 Grundidee hieß „Wandel durch Annäherung“.

166

167 Friedliche Koexistenz darf weder Furcht noch Vertrauens-
168 seligkeit kennen. Unter der Drohung einer Selbstvernich-
169 tung im Atomzeitalter ganzer Staaten, wenn nicht sogar
170 der Menschheit insgesamt ist die aktive Politik der Koexis-
171 tenz zwischen den beiden Blöcken zu einer Frage mensch-
172 licher Existenz überhaupt geworden. Krieg ist nicht die ul-
173 tima ratio, sondern – wie Willy Brandt anlässlich der Ver-
174 leihung des Friedensnobelpreises 1971 feststellte – die ul-
175 tima irratio: nicht das letzte Mittel der Vernunft, sondern
176 ein Mittel äußerster Unvernunft. Nur Friedenspolitik, so
177 die Schlussfolgerung, kann die wahre Realpolitik sein.

178

179 ***Die bipolare Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg***

180

181 9. Nach dem Zweiten Weltkrieg war eine bipolare Ord-
182 nung entstanden, in der beide Seiten wechselseitig zuge-
183 standene Einflussphären hatten, wodurch aus dem Kal-
184 ten Krieg kein heißer wurde. 1949 wurde die NATO mit
185 dem Ziel gegründet, die Elbe zur Ostgrenze des sowje-
186 tischen Machtbereichs zu machen. In der Folge bildete
187 sich 1955 die Warschauer Vertragsstaatenorganisation für
188 ein Militärbündnis unter der Führung der UdSSR. Militä-
189 rische Interventionen der USA in Lateinamerika oder der
190 Vietnam-Krieg stießen auf Kritik und Ablehnung in Mos-
191 kau, führten jedoch nicht zu einer unmittelbaren kriege-
192 rischen Reaktion. Umgekehrt verurteilte Washington die
193 militärische Niederschlagung von Aufständen in der DDR,
194 in Ungarn, in der Tschechoslowakei oder in Polen, verzich-
195 tete aber auf militärische Gegenmaßnahmen. Diese Zu-
196 rückhaltung verlangten sich beide Blöcke gegenseitig ab,
197 um einen Einsatz von Atomwaffen zu verhindern.

198

199 10. Unter den Bedingungen der geteilten Welt standen
200 sich in Deutschland zwei Teilstaaten unmittelbar gegen-
201 über. Sie gehörten unterschiedlichen Blöcken, Systemen
202 und Ideologien an. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung
203 in der DDR über ihre Lebensverhältnisse und die unter-
204 drückte Demokratie führten zu einer wachsenden Abwan-
205 derungswelle. Die SED-Führung stoppte sie am 13. August
206 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer. Der Konflikt zwi-

207 schen Ost und West verschärfte sich immer wieder in Ber-
208 lin. Umso wichtiger wurde die sozialdemokratische Ent-
209 spannungspolitik, die zugleich über Deutschland hinaus-
210 ging.

211

212 ***Erste Phase der sozialdemokratischen Entspannungspolitik***

213

214 11. Unter diesen Bedingungen hatte die Entspannungspo-
215 litik der SPD das Ziel, zu einer Entschärfung der Konflikte
216 vor allem in Deutschland und Europa zu kommen sowie
217 den Spielraum für Vertrauensbildung und menschliche Er-
218 leichterungen zu erweitern. Es begann mit Bemühungen
219 und Verträgen auf staatlicher Ebene. Der erste Schritt war
220 das Berliner „Passierscheinabkommen“ von 1963. Kleine
221 Schritte waren besser als keine. Die Ost- und Entspan-
222 nungspolitik war ein mühsamer, aber richtiger Prozess.
223 Diese Politik war die erste Stufe der Entspannungspolitik,
224 die mit Zustimmung der westlichen Verbündeten möglich
225 wurde und die Westbindung der Bundesrepublik nicht in
226 Frage stellte.

227

228 12. Die Entspannungspolitik verbesserte die Beziehungen
229 zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Mit dem Kon-
230 zept von Wandel durch Annäherung sollte auch die Idee
231 der deutsch-deutschen Gemeinsamkeit am Leben erhal-
232 ten werden. Im Mittelpunkt standen die internationale
233 Friedenssicherung, Gewaltverzicht und menschliche Er-
234 leichterungen. Willy Brandt im Januar 1967: „Es geht um
235 den Ausgleich gegensätzlicher Ziele und Interessen“ mit
236 dem Ziel, die Grundlagen „für eine dauerhafte europäi-
237 sche Friedensordnung“ zu schaffen. „Die Probleme Euro-
238 pas wie die Probleme Deutschlands lassen sich nicht in ei-
239 nem Klima des Kalten Krieges regeln. Wir streben deshalb
240 eine umfassende Verbesserung unserer Beziehungen zu
241 allen osteuropäischen Staaten an.“

242

243 ***Gewaltverzicht und Normalisierung der Beziehungen***

244

245 13. Mit den Ostverträgen wurde die deutsche Zweistaat-
246 lichkeit staatsrechtlich, aber nicht völkerrechtlich aner-
247 kannt. Die Ostpolitik ermöglichte trotz des Kalten Krieges
248 eine Entspannung der Beziehungen im Kalten Krieg. Der
249 Moskauer Vertrag war im August 1970 die erste Station
250 der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Regierungen. Es
251 begann eine Entwicklung, die in Europa tiefgreifende Ver-
252 besserungen möglich machte.

253

254 Der Warschauer Vertrag erkannte die Oder-Neiße-Linie
255 als polnische Westgrenze an. Das Viermächte-Abkommen
256 über Berlin von 1971 sicherte den freien Zugang zum West-
257 teil der Stadt. Und der Grundlagenvertrag mit der DDR
258 vom Dezember 1972 strebte „gutnachbarschaftliche Be-
259 ziehungen“ an, später flankiert von einem Transitabkom-

260 men und Verkehrsvertrag. Der Prager-Vertrag von 1973
261 über die Wichtigkeit des Münchner Abkommens war der
262 letzte in der Reihe der Ostverträge. Es wurden auch zur
263 Voraussetzung für die zweite Phase der Entspannungspo-
264 litik.

265

266 **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**
267 **(KSZE)**

268 14. Im August 1975 erhielt der Entspannungsprozess mit
269 der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Eu-
270 ropa (KSZE) in Helsinki einen europäischen Rahmen. In
271 der Zeit der Spaltung Europas durch tiefgehende ideolo-
272 gische Konflikte, der Systemkonkurrenz und einer einma-
273 ligen militärischen Konfrontation verständigten sich die
274 Staats- und Regierungschefs von 35 Staaten, darunter die
275 UdSSR, USA und Kanada, auf die Regeln des künftigen Zu-
276 sammenlebens. Das bedeutete die Einbettung der deut-
277 schen Sicherheit in die europäische. Das war ein großer
278 Schritt hin zu einem friedlichen Europa.

279

280 Erstmals einigten sich West und Ost auf gemeinsame
281 Prinzipien und Ziele ihrer Innen- und Außenpolitik. Die
282 Schlussakte von Helsinki war nicht die Besiegelung der
283 Teilung Europas und Deutschlands, sondern der Aus-
284 gangspunkt für einen friedlichen Veränderungsprozess
285 in ganz Europa. Die Bürgerrechtsbewegungen verfügten
286 nun über eine Berufungsgrundlage für ihre Ziele. Die
287 „Macht der Machtlosen“, wie Vaclav Havel es beschrieb,
288 wurde gestärkt.

289

290 15. Die Mitgliedsstaaten der aus der KSZE hervorgegange-
291 nen OSZE waren sich bewusst, dass eine Abrüstungs- und
292 Entspannungspolitik notwendig, aber sie vor neue An-
293 strengungen stellte. Das galt für den Nichtverbreitungs-
294 vertrag von Atomwaffen mit der Verpflichtung zur nuklea-
295 ren Abrüstung, für START II und für den ABM-Vertrag. Der
296 Einsicht in die Abgründe eines globalen Krieges, der zu ei-
297 ner Selbstvernichtung der Menschheit führen kann, folg-
298 ten nicht nur Initiativen zur Rüstungskontrolle und Abrüs-
299 tung, sondern auch die Erkenntnis, dass Probleme globa-
300 len Ausmaßes die Menschheit bedrängen, die ebenfalls
301 nur gemeinsam gelöst werden können: Hunger, Klimakri-
302 se, Bevölkerungsentwicklung, Ressourcenverknappung.

303

304 16. Das sind heute, wahrscheinlich mehr denn je Grund-
305 fragen für die Zukunft der Menschheit. Mehr noch: Es ist
306 die essentielle Frage, ob die Menschheit angesichts der
307 sozialen und ökologischen Bedrohungen, die die Grenzen
308 jedes Staates überschreiten, überhaupt eine Zukunft hat.
309 Die Welt braucht Zusammenarbeit und Verständigung,
310 um die globalen Gefahren zu bewältigen. Deshalb kam
311 es in den 1980er Jahren auf Anregung von Willy Brandt
312 zur Einsetzung von drei Unabhängigen Kommissionen bei

313 den Vereinten Nationen, die aufzeigen sollten, wie in zen-
314 tralen Menschheits- und Zukunftsfragen eine friedliche
315 Weltinnenpolitik aussehen kann und was für sie notwen-
316 dig ist.

317

318 ***Gemeinsame Interessen, gemeinsame Sicherheit, gemein-***
319 ***same Zukunft***

320

321 17. Der Geist der KSZE prägte in den 1980er Jahren die Be-
322 richte der drei unabhängigen UN-Kommissionen:

323

- 324 • 1980 wurde der Nord-Süd-Bericht „*Das Überleben*
325 *sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und*
326 *Entwicklungsländer*“ unter der Leitung von Willy
327 Brandt vorgelegt, der den Zusammenhang von Auf-
328 rüstung und Armut aufzeigte und eine neue Welt-
329 wirtschaftsordnung für eine friedliche Welt forder-
330 te.
- 331 • 1982 folgte der Report „*Gemeinsame Sicherheit*“, der
332 unter der Leitung des schwedischen Regierung-
333 chefs Olof Palme erstellt wurde und dessen Kern-
334 satz hieß: „Beide Seiten müssen Sicherheit erlan-
335 gen, nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit
336 ihm“.
- 337 • 1987 kam schließlich der Bericht „*Unsere gemeinsa-*
338 *me Zukunft*“ hinzu, der von der norwegischen Minis-
339 terpräsidentin Gro Harlem Brundtland verantwor-
340 tet wurde. Er brachte die Leitidee der Nachhaltig-
341 keit für die Verbindung von Umwelt und Entwick-
342 lung auf die Agenda der internationalen Politik.

343

344 Diese drei Berichte müssen als Einheit verstanden wer-
345 den. Sie waren weit in die Zukunft gerichtet und sind auch
346 heute nicht überholt, im Gegenteil. Der Schlüsselbegriff
347 der Berichte heißt „Gemeinsamkeit“. Die Berichte wurden
348 in der Verantwortung von drei europäischen Sozialdemo-
349 krat:innen erarbeitet. Sie bilden noch immer eine zentra-
350 le Grundlage für eine Weltinnenpolitik und eine friedliche
351 Welt. Es gibt keinen Grund, diese großen Ideen zu relati-
352 vieren.

353

354 18. Die drei Reports führten nicht zuletzt zum Erdgipfel
355 von 1992 in Rio de Janeiro, auf dem die Agenda 21, Nach-
356 haltigkeit und das UN-Klimarahmenabkommen beschlos-
357 sen wurden. Es war der erste UN-Gipfel, der sich auch mit
358 den Fragen des Klimaschutzes beschäftigte und die Forde-
359 rung erhob, die Konzentration der Treibhausgase schnell
360 und umfänglich zu senken. Doch bis heute klafft eine ge-
361 fährliche Lücke zwischen den Vorgaben und der Realität.
362 Große Teile der Welt sind abgehängt, die Militärausgaben
363 haben im letzten Jahr eine Rekordhöhe erreicht, die CO2-
364 Emissionen haben sich seit der Rio-Konferenz verdoppelt.

365

366 19. Gemeinsam Probleme zu lösen setzt voraus, Vertrau-
367 en sowohl durch Kooperation zwischen den Staaten als
368 auch den Zivilgesellschaften zu schaffen. Doch nach Rio
369 verlor die Weltinnenpolitik für mehr soziale Gerechtig-
370 keit, ökologische Verträglichkeit und ein friedliches Zu-
371 sammenleben an Bedeutung. Das Ende der zweigeteilten
372 Welt hat die Bereitschaft gemindert, sich auf Verständi-
373 gung und Zusammenarbeit einzulassen. Zudem breitete
374 sich ein neuer und alter Nationalismus aus, in Ost und
375 West.

376

377 ***Das „gemeinsamen Haus Europa“***

378

379 20. Dabei waren in den 1980er Jahren die Chancen für ei-
380 ne Friedenspolitik größer denn je. Mitte des Jahrzehnts
381 war offenkundig geworden, dass es in der UdSSR zu gro-
382 ßen Veränderungen kommen könnte, nicht zuletzt ange-
383 stoßen durch die deutsche Ost- und Entspannungspolitik.
384 Besonders hervorzuheben ist dabei die Rolle des neuen
385 Generalsekretärs der KPdSU Michail Gorbatschow.

386

387 Gorbatschow war von der Idee der Gemeinsamen Sicher-
388 heit angetan. Er suchte den engen Kontakt zu Egon Bahr.
389 Gorbatschow war überzeugt von Perestroika und Glas-
390 nost, von Kooperation statt Konfrontation. Tatsächlich
391 wollte er und sein Außenminister Eduard Schewardnad-
392 se, dass die OSZE für die europäische Sicherheit eine zen-
393 trale Rolle einnimmt. Mit der Absage an Konfrontation
394 und Hochrüstung sollte eine neue Kultur des Zusammen-
395 lebens im Gemeinsamen Haus Europa geschaffen werden.

396

397 21. Brandt gefiel das Bild vom „Gemeinsamen Haus Euro-
398 pa“. Es sei an der Zeit, in kontinentalen Zusammenhängen
399 zu denken. Über das Zusammenleben im europäischen
400 Haus, um dessen Verfügungsgewalt sich die beiden Welt-
401 mächte in der zweigeteilten Welt massiv gestritten ha-
402 ben, müssten nun die Menschen bestimmen, „die darin
403 wohnen, darin aufgewachsen und auch davon abhängig
404 sind“.

405

406 Der langjährige deutsche Außenminister Hans Dietrich
407 Genscher stellte im Jahr 2000 vor der OSZE-Konferenz
408 fest: „Die Antwort auf die Herausforderungen der Glo-
409 balisierung muss heißen: gesamteuropäische Verantwor-
410 tungspolitik und globale Kooperation, nicht Rückfall in die
411 nationalistischen Irrwege des 19. und der ersten Hälfte des
412 20. Jahrhunderts.“ Und er mahnte: „Die Geschichte pflegt
413 ihre Angebote nicht zu wiederholen und die Chancen, die
414 sie uns bietet, bestehen nicht ewig.“

415

416 ***Die Bedeutung der Friedens- und Entspannungspolitik***

417

418 22. Dieser Rückblick ist wichtig für das, was heute ge-

419 schiebt. Wenn von einer „Zeitenwende“ gesprochen wird,
420 die allein am Ukraine-Krieg festgemacht wird, ist das zu-
421 mindest verkürzt. Auch die Vorgeschichte der europäi-
422 schen Friedens- und Entspannungspolitik muss gesehen
423 werden, an der Sozialdemokrat:innen an vorderster Stel-
424 le beteiligt waren. Ebenso müssen die Versäumnisse und
425 Fehler beachtet werden, die in den letzten Jahrzehnten
426 gemacht wurden.

427

428 23. Ohne die Friedens- und Entspannungspolitik wäre es
429 nicht möglich geworden, dass die Menschen in der frühe-
430 ren DDR letztlich die Kraft zu ihren Montagsdemonstra-
431 tionen gefunden haben. Ohne sie wäre es nicht zu ersten
432 Schritten in der Abrüstung und Rüstungskontrolle gekom-
433 men. Ohne sie wäre nicht die Hoffnung auf ein geeintes
434 Europa gewachsen. Wir haben nicht vergessen, dass die
435 Politik der sozialliberalen Koalition auf den massiven Wi-
436 derstand der damaligen Opposition gestoßen ist.

437

438 ***Verpasste Chancen einer gesamteuropäischen Sicherheits-***
439 ***architektur***

440

441 24. Nach dem historischen Jahr 1989 wurden die gro-
442 ßen Chancen für eine europäische Sicherheitsarchitek-
443 tur nicht oder nur unzureichend genutzt wurden. Bei den
444 Versäumnissen dürfen wir nicht verdrängen, dass es zur
445 deutschen Einheit gekommen ist, ohne dass der heiße
446 Krieg zurückkam. Die russische Armee ist ohne Zeitver-
447 zögerung aus Deutschland abgezogen. Michail Gorbats-
448 schows Politik der ausgestreckten Hand ermöglichte das
449 Ende der zweigeteilten Welt. Die Chancen waren da, auch
450 weit darüber hinaus zu einer neuen gesamteuropäischen
451 Verständigung zu kommen. Nicht durch eine Abkehr von
452 der Friedens- und Entspannungspolitik, sondern durch ih-
453 re Weiterentwicklung.

454

455 25. Die Voraussetzungen für eine weitergehende Zeiten-
456 wende waren in den 1990er Jahren da, aber sie wurden
457 zu wenig genutzt. Dazu gehörte insbesondere die Charta
458 von Paris für ein neues Haus Europa, deren Visionen nicht
459 eingelöst, wahrscheinlich aber von den USA auch nicht ge-
460 wollt wurden. Heute müssen wir die Ziele und Prinzipi-
461 en der Friedens- und Entspannungspolitik wieder aufneh-
462 men und weiterentwickeln. Ein Zurück in einen neuen kal-
463 ten Krieg darf es nicht geben.

464

465 Willy Brandt vertrat für die 2. Phase der Entspannungs-
466 politik die Idee einer „Europäisierung Europas“, also einer Po-
467 litik für den gesamten Kontinent. Das bedeutete nicht die
468 Aufgabe des Westbündnisses, wohl aber eine größere Ei-
469 genständigkeit Europas, worin auch ein Weg zur endgül-
470 tigen Überwindung der Blockideologie gesehen wurde.

471

472 26. Es gab keine große Linie mehr für eine gesamteuropäi-
473 sche Identität und eine Politik der europäischen Selbstbe-
474 hauptung in der globalen Welt. Der Westen hatte den Sys-
475 temkonflikt „gewonnen“, aber eine neue Sicherheitsarchi-
476 tektur gab es nicht. Es überwogen Misstrauen, Angst und
477 Abgrenzung. Obwohl russisches Gas und Öl willkommen
478 waren, kam es nicht zu mehr Verständigung und Koope-
479 ration mit dem in den 1990er Jahren schwer angeschlage-
480 nen Russland. In den USA wurde Russland, das größte und
481 ressourcenreichste Land der Erde nur noch als „Regional-
482 macht“ runtergestuft.

483

484 Gorbatschow äußerte sich mehrfach enttäuscht, dass die
485 Versprechen von Helmut Kohl, Hans Dietrich Genscher
486 und James Baker, die mit Zustimmung des britischen und
487 französischen Außenministers an Moskau insbesondere
488 hinsichtlich der NATO-Osterweiterungen gemacht wur-
489 den, nicht eingehalten wurden.

490

491 27. Aber auch die Idee einer Weltinnenpolitik wurde auf
492 die Tagesordnung gesetzt. Die Vorgabe des Erdgipfels
493 von 1992 für mehr Klimaschutz wurde nicht verfolgt. Der
494 Kyoto-Prozesses wurde zu einem unverantwortlichen Ge-
495 feilsche um wirtschaftliche Wachstumsinteressen auf der
496 jährlichen Conference of Parties (COP). Zwar hatten Bun-
497 destag und Bundesregierung 1990 das weltweit erste Re-
498 duktionsszenario mit deutlich weitergehenden Zielen als
499 die Kyoto-Vorgaben für die klimaschädlichen Treibhaus-
500 gase beschlossen, aber die Umsetzung blieb mangelhaft.
501 Das Konzept wurde schnell wieder aufgegeben.

502

503 **III. DER UKRAINE-KRIEG**

504 *„Krieg hat keine Grenzen in sich.“ | Carl von Clausewitz*

505

506 ***Zerstörtes Vertrauen statt gemeinsamer Sicherheit***

507

508 28. Die Konflikte, die sich schrecklicherweise zum völker-
509 rechtswidrigen Ukraine-Krieg geführt haben, entstanden
510 über eine längere Zeit. Zu den Ursachen gehören histori-
511 sche Belastungen, nationale Konflikte und internationa-
512 les Dominanzstreben. In der sich nach 1990 neuformie-
513 renden Weltordnung spielten anfangs auch ökonomische
514 Ungleichheiten und die politischen Fehler der Amtszeit
515 von Boris Jelzin eine erhebliche Rolle, der kein Konzept
516 für Reformen in der UdSSR, bzw. Russland und den GUS-
517 Staaten hatte, sondern einen „kalten Kapitalismus“ ver-
518 ordnete, sowie das schleichende Ende der Abrüstungs-
519 und Rüstungskontrollpolitik.

520

521 Wladimir Putin wollte dennoch nach seiner Wahl im
522 Jahr 2000 anfangs den Bau des „Gemeinsamen Hauses
523 Europas“ fortsetzen und setzte dabei insbesondere auf
524 Deutschland. Im letzten Jahrzehnt veränderte er seine Po-

525 litik grundlegend. Er schaltete auf einen zunehmend na-
526 tionalistischen Kurs um, der an alte panslawistische Tra-
527 ditionen des Zarenreichs anknüpfte.

528

529 29. Moskau sah seine Sicherheitsinteressen bedroht durch
530 die fünf NATO-Osterweiterungen bis an die Türschwel-
531 le Russlands, bei denen auch bestehende Verträge, wie
532 der KSE-Vertrag (Vertrag über konventionelle Streitkräf-
533 te in Europa), nicht eingehalten wurden. 2008 setzte US-
534 Präsident George W. Bush in Bukarest das Erweiterungs-
535 angebot der NATO an die Ukraine, Moldau und Georgien
536 gegen die Bedenken der deutschen Bundeskanzlerin und
537 des französischen Staatschefs und selbst eigener ameri-
538 kanischer Sicherheitsberaterin durch.

539

540 2014 eskalierte der Konflikt in der Ukraine. Nach dem auf
541 Druck Moskaus von der ukrainischen Regierung blockier-
542 ten EU-Assoziierungsabkommen kam es zu den ersten
543 Protesten im Dezember 2013 auf dem Kiewer Maidan-
544 Platz, die im darauffolgenden Jahr eskalierten. Die darauf-
545 hin ausgehandelten Minsker Verträge wurden nicht ein-
546 gehalten, so dass es nicht zu einer Befriedung im Land
547 kam. Im Gegenteil: Im Donbas kam es mit massiver russi-
548 scher Unterstützung zum Bürgerkrieg. Die Halbinsel Krim
549 wurde von Russland annektiert. Die USA lieferten der
550 Ukraine seit 2014 Waffen in einem erheblichen Umfang.

551

552 30. Die Chancen für eine kooperative europäische Sicher-
553 heitsarchitektur wurden nicht genutzt. Mühsam aufge-
554 bautes Vertrauen wieder zerstört. Der INF-Vertrag über
555 das Verbot landgestützter Raketensysteme zwischen 500
556 und 5.500 Kilometer-Reichweite wurde aufgekündigt,
557 Rüstungskontrolle findet derzeit kaum noch statt, Abrüs-
558 tung schon gar nicht.

559

560 **Verstärkte Aufrüstung: militärisch-basierte Außenpolitik**

561

562 31. Die weltweiten Militärausgaben befinden sich heute
563 mit deutlich über 2,2 Billionen US-Dollar auf dem höchst-
564 en Stand aller Zeiten. Die USA und Russland verfügen
565 über 92 Prozent der Atomwaffen weltweit, Russland über
566 6.225, von denen rund 1.600 einsatzbereit sind. In der
567 Rangliste der Militärausgaben entfallen fast 75 Prozent
568 der weltweiten Ausgaben auf die ersten zehn Länder.
569 Deutschland steht auf Platz sieben. Mit dem 100-Mrd.-
570 Sondervermögen und einer Erhöhung der Rüstungsaus-
571 gaben auf zwei Prozent des BIP wäre sogar ein Aufstieg
572 auf Platz vier zu erwarten. Deutschland wäre dann das
573 Land mit den höchsten Militärausgaben in Europa.

574

575 32. Die Spirale der Aufrüstung darf nicht unaufhörlich
576 nach oben gedreht werden. Es hat nichts mit Entspan-
577 nungspolitik zu tun, „den Gegner kaputtzurüsten“ oder

578 ihn auf ähnliche Weise in die Knie zu zwingen. Es ist
579 eine zivilisatorische Errungenschaft, Auseinandersetzungen
580 zwischen unterschiedlichen Ordnungen und Systemen
581 sowie die Frage, wer und was sich als besser und
582 überlegen erweist, im geschichtlichen Prozess auf nicht-
583 kriegerische Weise auszutragen. Konkurrenz gerade in der
584 gefährlichsten und verheerendsten Weise auszutragen,
585 ist und bleibt falsch.

586

587 Wir müssen aufs Neue zu den Prinzipien und Zielen einer
588 Politik der Entspannung und der friedlichen Konfliktlösung
589 kommen. Dazu gibt es im Atomzeitalter und angesichts
590 globaler Herausforderungen keine Alternative. Wir
591 brauchen die Idee eines Friedens in Gesamteuropa. Der
592 Krieg in der Ukraine ist nicht zu rechtfertigen. Dennoch
593 müssen wir über ihn hinausblicken, um Frieden zu schaffen.
594 Andernfalls kommt es entweder zu einem schrecklichen
595 Stellungskrieg in der Ukraine oder die NATO wird immer
596 stärker in diesen Krieg hineingezogen. Der Krieg droht
597 dann völlig unberechenbar zu werden.

598

599 **NATO: Konzept 2030 – hin zu einer globalen Armee?**

600

601 33. Die Hinwendung zu konfrontativer, im Wesentlichen
602 militärisch-basierter Außenpolitik ist heute global zu spüren.
603 Ein Beispiel dafür ist das Konzept NATO 2030, das im
604 Juli 2022 in Madrid beschlossen wurde und auch eine Erweiterung
605 des NATO-Einsatzgebietes in den pazifischen Raum vorsieht.
606 Die USA suchen nach Partnern in ihrer Konkurrenz zu China –
607 wirtschaftlich wie militärisch. Doch auch hier ist in erster
608 Linie eine Friedens- und Entspannungspolitik notwendig.

609

610 Die Militärausgaben drohen in den nächsten Jahren –
611 auch in der Folge des Ukraine-Krieges – weiter stark anzusteigen.
612 Die „Modernisierung“ und Ausweitung der Nuklearwaffen mit
613 neuen Trägersystemen schreitet voran. Dazu zählen auch
614 Hyperschallraketen. Zudem können die SMR-Reaktoren dazu
615 führen, verstärkt Mini-Nukes zu bauen, die die Schwelle zum
616 Einsatz von Atomwaffen senken.

617

618 Die Grenzen zwischen Kriegsführung und Frieden verwischen
619 sich auf vielen Feldern. Hybride Kriegsführung, Terroranschläge,
620 der Einsatz von Söldnern, Cyberkrieg, die Zerstörung kritischer
621 Infrastruktur, Desinformationskampagnen sind zum Standard
622 internationaler Auseinandersetzungen geworden.

623

624 Besonders die europäische Politik ist gefordert, ein friedliches
625 Gegengewicht zu schaffen. Deutschland kann dabei eine wichtige
626 Rolle einnehmen.

627

628

629

630

631 **IV. GEMEINSAME ANTWORTEN IN DER ZUSAMMENGE-**
632 **WACHSENEN WELT**

633 „Ohne Frieden ist alles nichts.“ | Willy Brandt

634

635 **Das Wichtigste: Frieden schaffen**

636

637 34. Das Wichtigste, aber auch das Schwerste im Krieg ist,
638 Frieden schaffen. Sicherheitspolitik ist mehr als eine Ver-
639 teidigungskraft mit Waffen. Sie muss die Sicherheitsinter-
640 essen aller Beteiligten einbeziehen, um zu Abrüstung und
641 struktureller Nichtangriffsfähigkeit zu kommen. Bei Egon
642 Bahr hieß das: Im Atomzeitalter gibt es keinen Frieden ge-
643 gen einen Gegner, sondern nur mit ihm.

644

645 In Europa wird es keine Sicherheit ohne Russland und
646 schon gar nicht gegen Russland geben. Für den Ukraine-
647 Krieg sind Übereinkünfte am Verhandlungstisch das
648 Wichtigste, möglichst unter Beteiligung von OSZE oder
649 UNO und mit Hilfe einflussreicher Moderatoren wie zum
650 Beispiel der B (R) ICS-Staaten Brasilien, Indien, China und
651 Südafrika, die sich auch dazu bereit erklärt haben, oder an-
652 deren Staaten aus der Gruppe der G20.

653

654 35. Die großen globalen Fragen, insbesondere die Klima-
655 krise oder die Sicherung von Rohstoffen, können nur in
656 globaler Kooperation und Zusammenarbeit gelöst wer-
657 den. Die Reform und Stärkung der UNO gehört auch des-
658 halb auf die Tagesordnung, eine Initiative der EU wäre da-
659 für notwendig und zielführend. Klimaschutz wird ohne
660 große und ressourcenreiche Länder wie Russland und Chi-
661 na nicht möglich sein.

662

663 Ein „the West against the rest“ ist und bleibt falsch. Aus
664 Fehlern der Vergangenheit müssen die richtigen Schlüsse
665 gezogen werden, um derartige Fehler bei der Bewältigung
666 der Herausforderungen, die die gesamte Menschheit be-
667 treffen, zu vermeiden.

668

669 36. Wenn es nicht zu mehr Gemeinsamkeit kommt, dro-
670 hen schon wegen der Ungleichheit im Zugang zu wirt-
671 schaftlichen, technischen und natürlichen Ressourcen der
672 Welt künftig erbitterte Verteilungskämpfe, die zu neuer
673 Gewalt und Kriegen führen können. Sie zu verhindern ist
674 mehr denn je ein Gebot der Vernunft.

675

676 Deutschland und Europa brauchen eine neue Phase
677 der Friedens- und Entspannungspolitik, eine europäische
678 Partnerschaft für Frieden, Gewaltverzicht und Menschen-
679 rechte. Das ist eine wichtige Voraussetzung für eine Welt-
680 innenpolitik. Kann es etwas Wichtigeres geben, als ei-
681 ne Welt des Friedens mitzugestalten? Dafür knüpfen wir
682 an die großen Botschaften der UNO aus den 1980er Jah-
683 ren an. Gemeinsames Überleben, Gemeinsame Sicher-

684 heit, Gemeinsame Zukunft.

685

686 ***Gemeinsame Sicherheit heute***

687

688 37. Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht nicht nur
689 darum, Kriege zu begrenzen, sondern, wie Willy Brandt
690 in seiner Rede zur Verleihung des Friedensnobelpreises
691 herausstellte, sie abzuschaffen. Aus den Erfahrungen des
692 letzten Jahrhunderts erwächst uns die Verpflichtung, dass
693 sich die Katastrophen der Weltkriege nie wiederholen dür-
694 fen.

695

696 Der Ukraine-Krieg ist eine Mahnung, die Entspannungs-
697 politik wieder aufzunehmen. Das Konzept dafür ist die Ge-
698 meinsame Sicherheit, welches 2022 das Palme-Institut in
699 einer erweiterten Form vorgelegt hat, um die neuen glo-
700 balen Bedrohungen einzubeziehen. Die Krisen- und Kon-
701 fliktprävention muss gestärkt werden.

702

703 Und es wird keine gemeinsame Sicherheit ohne nuklea-
704 re und konventionelle Abrüstung, Rüstungskontrolle und
705 Rüstungsbegrenzungen und reduzierte Militärausgaben
706 geben. Andernfalls drohen die Militärausgaben die finan-
707 ziellen Ressourcen aufzufressen, die dringend an anderer
708 Stelle gebraucht werden, auch für eine Politik, die Kriege
709 und gewaltsame Verteilungskämpfe verhindert.

710

711 ***Eine faire Welt der Gemeinsamkeiten***

712

713 38. Angesichts der Herausbildung neuer globaler Blöcke
714 müssen wir dafür Sorge tragen, eine komplette Entflech-
715 tung oder dauerhafte Beendigung der wirtschaftlichen,
716 technologischen, kulturellen und diplomatischen Bezie-
717 hungen zu verhindern. Die zusammengewachsene Welt
718 ist auf Gegenseitigkeit angewiesen. Nur faire Verflechtun-
719 gen zwischen den Staaten und Gesellschaften dieser Erde,
720 die nachhaltig sind und neue Kriege zu verhindern helfen,
721 die für die Menschen verbrecherisch, irrational und selbst-
722 zerstörerisch Geißel sind. Die Verflechtungen der Gesell-
723 schaften zu fördern und voranzutreiben, entzieht neuen
724 Kriegen die Grundlage. Die Diplomatie muss helfen, lau-
725 fende Kriege zu beenden oder den Ausbruch neuer Kriege
726 zu verhindern.

727

728 39. Friedenspolitik muss heute über die Entspannungs-
729 politik der vergangenen Jahrzehnte hinausweisen. Sie bau-
730 te auf den Erfahrungen zweier Weltkriege und des Kalten
731 Krieges auf. Beide Seiten blieben unter dem Atomschirm
732 der jeweiligen Supermacht. Zugleich herrschte ein struk-
733 turelles Misstrauen, so dass sich beide Seiten mit Gegen-
734 schlagmaßnahmen darauf vorbereiteten, die im Falle ei-
735 nes Angriffs zu verheerenden Schäden der anderen Sei-
736 te geführt hätten. Die Friedens- und Entspannungspolitik

737 hat versucht, unter diesen Bedingungen mehr gegenseitig-
738 ges Vertrauen zu schaffen, zu menschlichen Erleichterun-
739 gen zu kommen sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle
740 zu vereinbaren.

741

742 40. Der russische Überfall auf die Ukraine und die Verlet-
743 zung des Völkerrechts wird von konservativer Seite als Be-
744 leg dafür herangezogen, dass gegenseitige Vereinbarun-
745 gen zur Entspannung, Friedenswahrung und Abrüstung
746 der Boden entzogen sei. Es ist richtig, den Bruch des Völ-
747 kerrechts durch Russland zu verurteilen. Doch darf dar-
748 aus nicht der Schluss gezogen werden, hinter die Entspan-
749 nungspolitik und die Vereinbarungen, die von konservati-
750 ver Seite nicht gewollt und stets von Misstrauen begleitet
751 wurden, zurückzufallen.

752

753 Das Gegenteil ist richtig: Es muss uns gelingen, sie zu einer
754 nachhaltigen Weltinnenpolitik der sozialen und ökologi-
755 schen Gestaltung der Transformation zu erweitern. Dafür
756 geht es auch heute um eine globale Vertrauensbildung für
757 Entspannung und Kooperation, eine Vertiefung der Abrüs-
758 tung, Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung und ei-
759 ne gemeinsame Sicherheit.

760

761 Das wird uns nicht gelingen durch schlichtes Beharren
762 auf Vertrauensseligkeit oder der Beteuerung, dass an Ver-
763 handlungen kein Weg vorbeiführt. Vielmehr müssen wir
764 einen Zustand der Staaten untereinander schaffen, in
765 dem das Anfangen eines Krieges nicht nur irrational, son-
766 dern zu einem selbstschädigenden Unterfangen wird.